

# Energiepolitik : kein einig Volk

Autor(en): **Schläppi, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **15 (1988)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910694>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Kein einzig Volk

*In der Energiepolitik ist die Schweiz gespalten. Einig sind sich die Willensträger nur darin, dass Energie gespart werden muss. Die damit verbundene Frage eines Ausstiegs aus der Kernenergie ist zu einem Glaubenskrieg geworden und trübt die Aussichten auf eine unbedingt notwendige nationale Übereinkunft.*

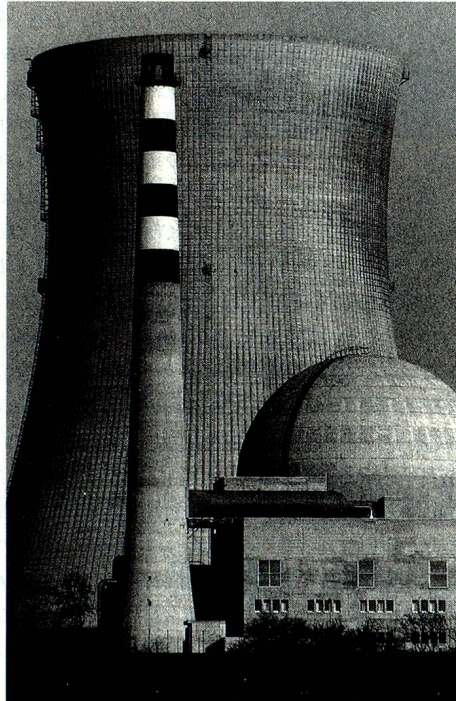
Die Weltenergiekonferenz 1985 in Cannes stellte fest, dass die hochentwickelten Industriestaaten aus Sorge um die Lebensgrundlagen und für einen tauglichen Umweltschutz den Verbrauch der Energieträger Kohle, Öl und Erdgas drastisch senken sollten. Erkenntnisse dieser Art flossen schon vor zehn Jahren in den Bericht zur Gesamtenergiekonzeption (GEK) ein: Der Rohölanteil am Energieverbrauch sollte stark vermindert – damals war die Meinung, diesen durch Atomstrom zu ersetzen – und vor allem sollte Energie gespart werden. Doch über diese Übereinkunft hinaus ist die schweizerische Nation nie gekommen.

## Aus für Kaiseraugst

Die Auseinandersetzung um die richtige Energiepolitik artete in einen Grabenkrieg zwischen den Gegnern und Befürwortern der Atomenergie aus und drehte sich meistens um das in der Region Basel bekämpfte Kernkraftwerk Kaiseraugst. Heute glaubt jedoch niemand mehr daran, dass der Atommeiler gegen den Widerstand der Bevölkerung gebaut werden kann. Auch die Elektrizitätswirtschaft ist nicht mehr bereit, noch mehr Gelder in ein aussichtslos gewordenes Energieprojekt zu investieren. Bringt nun eine im Parlament eingereichte Motion Bewegung in die verfahrenen Lage? Sie könnte in der Tat dazu führen, dass sich Betreiberin und Bund auf einen Verzicht und auf Abgeltungsverhandlungen einigen.

Wird das Aus für Kaiseraugst die Energiepolitik der Schweiz entkrampfen und den Weg zu einem nationalen Konsens freimachen? Die Meinungen sind geteilt, und vor allem stiessen die vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Energieszenarien, noch bevor sie vollständig veröffentlicht waren, auf geharnischten Protest der Elektrizitätswirtschaft, die der Expertenkommission für Energieszenarien (Eges) «unwissenschaftliches Arbeiten» vorwarf.

Die Bundesbehörden haben diesen Vorwurf zu Recht zurückgewiesen. Nach ihnen genügen die Eges-Szenarien – gemessen an der



*Umstrittener Ausstieg aus der Atomenergie. Bild: KKW Leibstadt, Aargau.*

gegenwärtig üblichen Methodik – dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit. Sie liefern, nach Meinung der meisten daran beteiligten Experten und aussenstehenden Polit- und Sozialwissenschaftler «die tauglichen Entscheidungsgrundlagen» für eine zukunftsbezogene Energiepolitik – unter Einbezug der globalen Energiesituation.

Mit dem politischen Aus für das Kernkraftwerk Kaiseraugst und der vorherrschenden Meinung auch in Kreisen bürgerlicher Politiker, dass jeder weitere Versuch, ein neues Atomkraftwerk zu bauen, «zu einem staatspolitischen Debakel» (so der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher) führen müsste, dürfte das sogenannte «Referenzszenario» bereits aus Abschied und Traktanden gefallen sein. Es rechnete mit einem Mehrverbrauch von 24 Prozent Energie im Jahr 2025, ausgehend vom Jahr 1985, und

nahm an, dass die Werke Kaiseraugst und Graben bis 2005 ans Netz angeschlossen würden. Und es sah vor, bis 2025 weitere vier Atommeiler zu errichten, sowie die heute bestehenden Anlagen zu modernisieren und mit dannzumal wahrscheinlich zur Reife entwickelten Hochtemperatur-Reaktoren auszurüsten.

## Ausstieg möglich

Wesentlich für künftige energiepolitische Weichenstellungen ist jedoch die Feststellung, wie die Eges-Szenarien belegen, dass – über ein rigoroses Energiesparen und eine später optimale Nutzung alternativer und erneuerbarer Energien – der Ausstieg aus der Atomenergie vollziehbar ist, und dies ohne Einbusse des Lebensstandards. Bis heute hatte die Elektrizitätswirtschaft stets das Gegenteil behauptet.

Aufgrund scharfer Energiesparmassnahmen, einer zehnprozentigen Energiesteuer und einem Elektrizitätswirtschaftsgesetz, das namentlich den zu Spitzenzeiten konsumierten Strom stark verteuerte, kommt die Variante «Ausstieg» zum Schluss, dass der Energieverbrauch im Jahre 2025 zehn Prozent tiefer liegen würde als 1985.

Das Ausstiegszenario würde nicht nur den Atomstrom aus dem Netz verbannen, es brächte ebenfalls einen Minderverbrauch von einem Fünftel des heute importierten Öls. Dagegen würde – zum Nachteil der Luftqualität – der Konsum von Erdgas und Kohle um je 40 Prozent ansteigen. Holz müsste gar um das Anderthalbfache verwendet werden und die «weisse Kohle» – die Stromproduktion aus Wasserkraftwerken – um knapp einen Fünftel höher anfallen.

## Der Preis

Der «Ausstieg» würde die Eidgenossenschaft bis ins Jahr 2025 rund 86 Milliarden Franken an Steuergeldern kosten, wovon etwas über 30 Milliarden Franken in die Wirtschaft flössen und neue Arbeitsplätze

## Arbeitsgruppe Energieszenarien

Die Arbeitsgruppe Energieszenarien (Eges) wurde vom Bundesrat beauftragt «die Möglichkeiten, Voraussetzungen und Konsequenzen eines Ausstiegs aus der Kernenergie darzulegen». Ihrem über 1000 Seiten starken Schlussbericht legt sie drei Hauptvarianten zugrunde: Ausstieg aus der Kernenergie bis ins Jahr 2025, vorläufiger Verzicht auf neue Kernkraftwerke (Moratorium) und Weiterausbau der Kernenergie (Referenz-Szenarium).

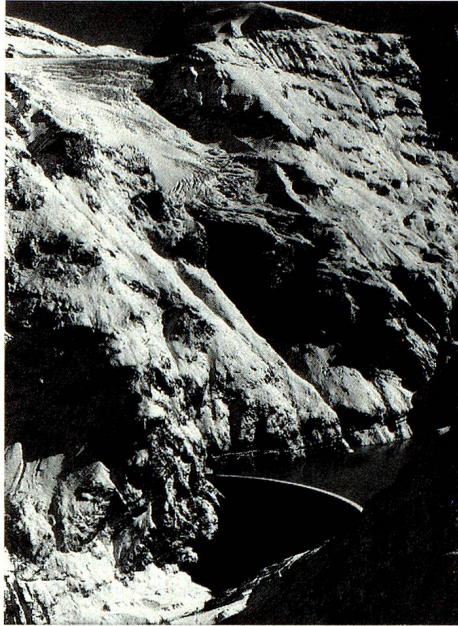


schaffen. Am meisten Mittel verschlingen die Subventionen für die Anwendung rationeller Energienutzung. Man denke an Motoren, die mit einem Minimum an Energie ein Maximum an Leistung hervorbrächten, an Automotoren beispielsweise, die aufgrund staatlicher Vorschriften höchstens noch 5,5 Liter «Sprit» auf 100 Kilometer «schlucken» dürften.

Die Nachteile des Ausstiegs-Szenario dürfen allerdings nicht unterschlagen werden: der aus der Sicht des Umwelt- und Landschaftschutzes in Frage gestellte Endausbau der Wasserkraft und vor allem die Bedingung, dass der Anteil der Energie aus Sonnenkraft auf das Zwölfwache anwachsen müsste. Studien des Bundes zur Energieforschung haben ergeben, dass die Sonnenenergie höchstens ein Sechstel der gegenwärtigen Stromproduktion ersetzen könnte.

Neun Zehntel aller grösseren Flussläufe in unserem Land sind bereits verbaut oder gestaut – zur Gewinnung von Elektrizität aus Wasserkraft. Das in Aussicht genommene Projekt einer neuen, noch höheren Stauwehr im Grimselgebiet ist denn auch bereits zu einem Streitfall zwischen Energieproduzenten und Landschaftsschützern geworden. Als geplantes Pumpspeicherwerk würde es im Überfluss vorhandenen und darum relativ billigen Sommerstrom (Atomstrom) in den gefragteren und darum teureren Winterstrom umwandeln.

Zudem kommt die vor allem in der Bundesrepublik Deutschland weit fortgeschrittene Energieforschung heute zum Schluss, dass die Einführung alternativer Energietechni-



*Wasserkraft: Eine Leistungssteigerung ist noch möglich. Bild: Guitroz-Gletscher, VS. (Fotos: Keystone)*

ken – bis und mit der Verwertung von Solartechnik und Wasserstoff als Energieträger der Zukunft – vom Weiterbestand der Nukleartechnologie abhängen wird. Diese Erkenntnis und die derzeitige in der Schweiz vorherrschende Pattsituation in der Energiepolitik müssten eigentlich als Ausweg den von den Eges-Experten vorgezeichneten mittleren Weg des «aktiven Moratoriums» begünstigen.

Dieses bedingte ebenfalls eine einschneiden-

de Besteuerung des Energieverbrauchs und würde den Gebrauch und die Subvention sparsamer Elektrogeräte und Motoren vorschreiben. Das Moratorium sieht bis ins Jahr 2025 einen Mehrkonsum von rund sechs Prozent des heutigen Energiebedarfs vor und würde – sein wesentlicher Bestandteil – die Produktion von Atomstrom auf dem heutigen Niveau einfrieren. Dieses «aktive Moratorium», wie es vom an der Universität Genf lehrenden Volkswirtschaftler Peter Tschopp genannt wird, hätte den Vorteil, dass es die Atomenergie optimal zur Entwicklung neuer Energien – wie Sonne und Wasserstoff – einsetzen könnte und zudem die Weiterentwicklung der Nukleartechnologie hin zu «inhärent sicheren Reaktortypen» nicht unterbinden würde.

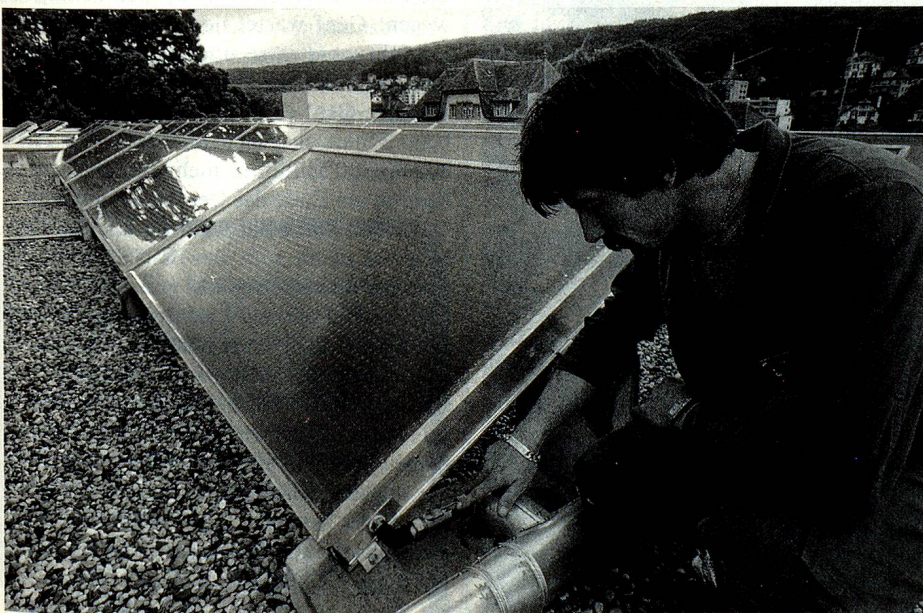
### **Moratorium als Lösung?**

Kann die Energiepolitik in unserem Land entspannt werden? Werden sich Befürworter und Gegner der Kernenergie die Hand reichen und den vorgezeichneten mittleren Weg eines «Moratoriums» beschreiten? Gerade für die schweizerische Wirtschaft böte sich eine Chance, auf dem Gebiet der Solar- und Wasserstofftechnologie Spitzenleistungen zu erbringen und damit zur Sicherung des Werkplatzes Schweiz Entscheidendes beizutragen.

Voraussetzung dafür ist und bleibt die politische Einigung. Bleibt die Bereitschaft unter der Bundeshauskuppel, sich endlich auf eine griffige Energiesteuer zu einigen? Die Mehrheit der Eidgenössischen Energiekommission (EEK) unter der Leitung des Tessiner CVP-Nationalrates Fulvio Caccia würde diesen mittleren Weg gehen. Kann das Entsorgungsproblem – die Beseitigung der radioaktiven Abfälle – gelöst und können neue «Sicherheitsreaktoren» entwickelt werden, ist nach Professor Tschopp, Mitglied der EEK, nicht einzusehen, weshalb alle Atommeiler abgestellt werden sollten. Mit einer aktiven Energieforschung, die die Solartechniker begünstigt und nicht mehr zu den «Bettlern» auf dem Energiemarkt stempelt, sollte der Ausweg aus dem Energiedilemma gefunden werden.

«Ich stehe dafür ein, dass wir nicht noch mehr Atomkraftwerke bauen, ich bin aber Realist genug, dass wir zur Sicherstellung unserer Energieversorgung die bestehenden Anlagen nicht einfach abschalten können», unterstützt auch der Zürcher SVP-Nationalrat Konrad Basler den dritten Weg, denn «nur er bietet Gewähr für ein Aufkommen alternativer Energietechniken». Aufgrund der Kräfteverhältnisse im Parlament dürfte er die meisten Chancen haben.

*Bruno Schläppi*



*Sonnenkollektoren auf dem Dach für die Warmwasseraufbereitung eines Alterspflegeheimes in Neuenburg.*